

ÖSTERREICH

Heimat ist, wo dein Knast steht

Die österreichische Regierung will in Rumänien einen Knast errichten lassen, um in Österreich straffällig gewordene rumänische Staatsbürger in ihrem Heimatland entsorgen zu können.



Im September letzten Jahres wurde der City Tower Vienna als neues Justizzentrum in Wien eingeweiht. Hier, so die offizielle Pressemitteilung des österreichischen Justizministeriums, setzt Minister Böhmendorfer "neue Maßstäbe für eine moderne Justiz". Eine seiner Ideen: Gefängnisse und Gerichtsprozesse nach Rumänien outsourcen. (Foto: österr. Justizministerium)

Der globalisierte Knastbetrieb: Im März soll zwischen der Alpenrepublik und Rumänien ein Vertrag über die Errichtung eines Gefängnisses in Rumänien unterzeichnet werden, das ausschließlich solche Rumänen aufnehmen soll, die in Österreich straffällig geworden sind.

Der zur Freiheitlichen Partei gehörende österreichische Justizminister Dieter Böhmendorfer führt vor allem ökonomische Gründe für diesen in Europa etwas ungewöhnlichen Schritt an. In Österreich sitzen derzeit rund 300 rumänische Staatsbürger ein, deren Versorgung in den Haftanstalten etwa 1,4 Millionen Euro jährlich kostet. Dieter Böhmendorfer meint daher, dass sich ein Gefängnisbau in Rumänien "recht bald amortisieren" würde, denn immerhin kostet die Errichtung der Voll-

zugsanstalt am Balkan bloß drei Millionen Euro. Böhmendorfers Milchmädchenrechnung lautet, schon nach zwei Jahren wäre ein "Return on Investment" erreicht, wenn man durch den transsylvanischen Gefängnisbau künftig alle rumänischen Straftäter in ihrem Heimatland entsorgen könnte.

Eine gute Investition

Doch Böhmendorfer will vor allem eines: die Behauptung verfestigen, Rumänen, die – legal oder illegal – in Österreich leben, verfügten über eine besondere kriminelle Energie. Neben Kosovo-Albanern gehören Rumänen zur bevorzugten Kundschaft der Exekutive. Innenminister Ernst Strasser hat unlängst Rumänien als "Herkunftsland von Kriminalität" bezeichnet, eine Formulierung, die zumindest

unglücklich gewählt ist, wie der rumänische Botschafter in Österreich, Trajan Chebeleu, meint: "So wie ihn der Minister verwendet hat, kann dieser Begriff jede Nation betreffen." Mit dem Gefängnisbau wird nun zudem suggeriert, dass es eine besondere Dringlichkeit gebe, gerade rumänische Strafgefangene out-sourcen. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Botschafter Chebeleu etwa hat keine statistischen Daten darüber, dass die von Rumänen verursachte Kriminalitätsrate in Österreich in den letzten Monaten überproportional angestiegen wäre.

Der Bau eines Gefängnisses aber reicht der Regierung nicht aus. Böhmendorfer will auch gleich die rumänische Justiz in seine Pläne involvieren und plant, ganze Prozesse nach Rumänien auszulagern.

Wenn ein Rumäne in Österreich eine Straftat begeht, soll er in Rumänien vor Gericht gestellt, abgeurteilt und in den österreichischen Knast, dessen genauer Standort noch nicht feststeht, überstellt werden. Dort wird er dann die gesamte Haftstrafe absitzen müssen.

Juristen halten diesen Export von Prozessen rechtsphilosophisch für problematisch, was aber Justizminister Böhmendorfer nicht wirklich interessiert. Der Wiener Professor für Strafrecht, Frank Höpfel, sieht in derartigen Bestrebungen einen Verstoß gegen das Unmittelbarkeitsgebot. Demnach sollten Prozesse auch dort stattfinden, wo die Beweise sind, um zu gewährleisten, dass das Gericht einen umfassenden Einblick in die Sachlage erhält. Kaum anzunehmen ist, dass rumänische Richter regelmäßig zu Tatortbesichtigungen ins teure Wien jetten. Besonders realitätsfremd ist die Prozessverlagerung nach Rumänien bei Bagatelldelikten, die bei einem Straftäter, der nicht aus der EU kommt, überdurchschnittlich oft zur Inhaftierung führen.

Der Export der Prozesse nach Rumänien ist für die rechtspolitische Sprecherin der Grünen, Theresija Stoitsits, schlicht "absurd und sinnlos" und habe einen "Touch von Fremdenfeindlichkeit". Kleine Eierdiebe mit großem Aufwand per Flugzeug nach Bukarest zu überführen, mag der Bevölkerung suggerieren, dass da etwas für ihre Sicherheit getan wird, tatsächlich aber wird der finanzielle Schaden eines solchen Bagatelldeliktes wohl in den meisten Fällen die Kosten für den Häftlingsexport unterschreiten.

Aufwändig könnte es für die Alpenrepublik auch werden, die Wahrung der internationalen Standards im Verlauf von Prozessen zu überwachen, denn dazu wäre Österreich verpflichtet, wenn es praktisch als Kläger in Rumänien auftritt und sich dort von rumänischen Richtern und Staatsanwälten vertreten lassen würde. Die gleiche Fürsorgepflicht würde die österreichische Regierung auch für die Behandlung der Häftlinge im Österreich-Gefängnis eingehen müssen, denn rumänische Standards - darauf legt indirekt selbst der Justizminister wert - sollen nicht in dem Knast Einzug halten. Eine schwierige Angelegenheit, denn die rumänische Gefängnisverwaltung gibt auf ihrer

eigenen Website zu, dass das "Gefängnisssystem mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert ist". Rund 6.000 rumänische Gefangene haben noch immer keinen eigenen Bettplatz, die Haftbedingungen "genügen den europäischen Standards nicht". Wenn Derartiges auch im Gefängnis der Österreicher eintritt, ist Böhmendorfers Projekt gescheitert, denn Österreich wäre verantwortlich, wenn in dem Gefängnis etwas passiert.

In punkto Resozialisierung gehen die Meinungen auseinander. Die Befürworter von Böhmendorfers Bauherrentätigkeit meinen, dass die Resozialisierung natürlich im Heimatland leichter sei, weil es sich einfach um die gewohnte Umgebung handele. Die Gegner wiederum meinen, dass in einem Staat, wo die Kriminalitätsrate viel höher liegt als in Österreich, die Versuchung für Ex-Häftlinge groß sei, abermals straffällig zu werden. Auch die rumänischen Justizbehörden sind besorgt über die hohe Rate an Wiederholungstätern, die in rumänischen Gefängnissen einsitzen.

Justizshopping in Billigländern

Da es natürlich auch Straftäter aus anderen Ländern in österreichischen Gefängnissen gibt, könnte der Gefängnisbau in Rumänien ein Pilotprojekt sein. Die Wiener Freiheitlichen haben schon angeregt, österreichische Gefängnisse auch in anderen Ländern bauen zu lassen. Dass Ausländer der mittlerweile die Mehrheit der Insassen in Wiener Gefängnissen ausmachen, sei "ein unhaltbarer Zustand für den Steuerzahler", weiß etwa der stellvertretende Chef der Wiener Freiheitlichen, Heinz-Christian Strache. Deshalb sollten auch in Nigeria und der Türkei österreichische Knäste errichtet werden.

Noch erteilt Justizminister Böhmendorfer diesen Plänen eine Abfuhr: "Solche Vereinbarungen kommen nur mit Staaten infrage, die rechtsstaatliche Strukturen wie wir haben und sie verbessern wollen. Mit Staaten wie Nigeria kommt das nicht infrage, weil wir eine völlig andere rechtsstaatliche Kultur haben. Ich will gar niemanden an die Wand stellen, aber da gibt es zu wenige Gemeinsamkeiten." Dies gelte nicht alleine für Nigeria, sondern auch für den EU-Beitrittskandidaten Türkei.

Martin Schwarz, Wien

Avis

ADMINISTRATION DU CADASTRE ET DE LA TOPOGRAPHIE DIVISION DU CADASTRE AVIS D'ADJUDICATION

Le 16 avril 2004 à 11.00 heures, il sera procédé aux bureaux de l'Administration du Cadastre et de la Topographie, 54, avenue Gaston Diderich à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant les travaux de

mesurage cadastral de certains tronçons de routes réaménagées, suivi des reports sur plan dans le but d'arrêter les emprises positives et négatives qui en découlent.

Envergure:

- a) tronçons dans les secteurs bâtis: 2.050 m
 - b) tronçons dans les secteurs non-bâtis: 7.600 m
- Les intéressés doivent

remplir les conditions des articles de la section II de la loi du 25 juillet 2002. Les travaux sont adjugés en bloc sur prix unitaires. Le début des travaux est dans la quinzaine suivant l'attribution du marché. La durée des travaux est de sept mois-calendrier. La sous-traitance, même partielle, n'est pas autorisée.

En vue de faciliter la confection des dossiers de soumis-

sion, les intéressés introduiront leur candidature écrite au moins un jour avant de retirer le dossier de soumission, à l'Administration du Cadastre et de la Topographie, "soumission", Boîte postale 1761, L-1017 Luxembourg ou télécopieur 44901-333.

Les plans, cahiers des charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration jusqu'au 19

mars 2004.

Une réunion d'information aura lieu en date du 23 mars 2004 à 10.00 heures aux bureaux de l'Administration du Cadastre et de la Topographie, 54, avenue Gaston Diderich à Luxembourg.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux

prescriptions prévues par la loi, les règlements grand-ducaux y afférents régissant les marchés publics et portant l'inscription "soumission pour les travaux de mesurage" doivent se trouver aux bureaux de l'Administration du Cadastre et de la Topographie, 54, avenue Gaston Diderich à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.